

Protokolleintrag vom 17.06.2009

2009/265

Erklärung der SVP-Fraktion vom 17.6.2009:

Unnötiger Eingriff des Staates in Angebot und Nachfrage

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Jetzt ist es klar: Aus Sicht des Kantons Zürich sind die Öffnungszeiten und das Produktangebot der Tankstellenshops kein Problem. Dass der Vollzug der diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen bei den Gemeinden liegt, ist ebenfalls nicht neu. Die Volkswirtschaftsdirektion hat dies vor wenigen Tagen noch einmal so festgehalten.

Umso mehr staunen wir über die Reaktion der Stadt Zürich: Während die Handhabung der gleichen Vorschriften in 170 Gemeinden zu Gunsten der Tankstellenshops sehr liberal ausfällt, will die Stadt Zürich einmal mehr einen äusserst restriktiven Weg gehen. Dabei sind solche Shops doch gerade in städtischem Gebiet ein besonderes Bedürfnis.

Die SVP-Gemeinderatsfraktion fordert den Stadtrat auf, auf unnötige Eingriffe zu verzichten und den bewährten Status quo zu belassen. Die Stadt Zürich legt ja immer Wert auf ein offenes, liberales Weltbild. Dass die Stadtverwaltung den Tankstellen-Shops vorschreiben will, ob sie nun Bratwürste oder Cervelats verkaufen sollen – oder überhaupt keine Würste – hat mit einer liberalen Denkweise gar nichts zu tun.

Nach unserer Auffassung regeln sich Produktangebot wie auch Öffnungszeiten gemäss dem Prinzip von Nachfrage und Angebot selber. Der Kunde kann und soll selber entscheiden, was er einkaufen möchte und was nicht. Nicht nur Automobilisten, sondern auch die Quartierbevölkerung freuen sich über offene Tankstellenshops. Dass man sich für das spontane Grillfest am Samstag- oder Sonntagabend auch kurzfristig eine Wurst oder einen Salat besorgen kann, stört wirklich niemanden – im Gegenteil!

Die jetzigen Öffnungszeiten und die momentane Produktvielfalt der Tankstellenshops geniessen in der Zürcher Bevölkerung eine enorme Akzeptanz. Der Stadtrat von Zürich täte gut daran, dies so zu anzuerkennen!

Was hinzukommt: In der momentanen Wirtschaftskrise ist es besonders wichtig, nicht unnötig Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen und die Unternehmen mit Bürokratie zu belasten. Auch diesbezüglich muss der Stadtrat seine Verantwortung wahrnehmen.